

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/187

Bonn, den 30. September 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
	Wie das Ausland es sieht	45
	Die internationale Presse zum Ergebnis der Kommunalwahlen	
2 - 3	Universitätsstadt Berlin	82
	Erfüllung einer gesamtdeutschen Aufgabe Von Senatsdirektor Heinz Striek	
4 - 5	Nach dem Belgrad-Besuch von Staatssekretär Lahr	63
	Das wichtigste Problem ist nur vertagt Von unseren Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher	
5	<u>Glosse:</u> Deutsche nicht an einen Tisch?	23
	Pankows Postler in Schwierigkeiten	

+ + +

Wie das Ausland es sieht

Die internationale Presse zum Ergebnis der Kommunalwahlen

sp - Der Ausgang der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Hannover hat im befreundeten Ausland ein ungewöhnlich starkes Echo gefunden. Die große Presse widmet diesem rein innenpolitischen Vorgang recht ausführliche Betrachtungen. Sie mißt dem unerwarteten Ergebnis eine eminent politische Bedeutung bei, und die Frage bleibt natürlich nicht aus, welche Auswirkungen für die Bundestagswahl im nächsten Jahre zu erwarten sind.

Die Antwort wird gefärbt durch den politischen Standort der jeweiligen Kommentatoren, doch auch die wohlmeinendsten Freunde der CDU verschließen sich nicht der Tatsache, daß die Deutsche Sozialdemokratie ein Faktor der deutschen und internationalen Politik ist, der an Gewicht und Bedeutung weithin sichtbar zugenommen hat, und mit dem nun jede Regierung als möglichen Gesprächspartner von morgen rechnen muß.

Die Zeit, in der die Unions-Parteien das ausschließliche Vertretungsrecht für die Bundesrepublik beanspruchten, gehört wohl nun der Vergangenheit an. Sie wird nicht wiederkehren. Dem Beobachter des innenpolitischen deutschen Geschehens ist der innere Zustand der Kanzlerpartei nicht verborgen geblieben, auch nicht deren nachlassende Führungs- und Ausstrahlungskraft. Lange Jahre hindurch, als die Unions-Parteien in zwei Legislaturperioden die absolute Mehrheit im Bundestag besaßen, bestand die Neigung, die Bundesrepublik mit der CDU/CSU zu identifizieren. Eine andere Kräftekonstellation schien kaum denkbar. Die Möglichkeit einer Änderung verursachte sogar bei manchen Verbündeten einen Alldruck, dafür sorgte schon jenes unglückselige Wort von Konrad Adenauer: "Ein Sieg der Sozialdemokratie würde den Untergang Deutschlands bedeuten".

Auch das ist nun vorbei. Unseren Verbündeten, vielleicht vor den "Gaulisten" aller Schattierungen abgesehen, läßt eine mögliche Wachaflösung auf der Bonner Regierungsebene keinen Schrecken mehr ein. Das Breitenungsgebild der Sozialdemokratie hat sich seitdem gründlich verändert. Ihre Bündnisfähigkeit und Bündnistreue gelten als unbestritten. Mit ihren Europavorstellungen steht sie nicht allein, sie tragen zukunftsreiche Keime in sich. Ihr traut man schon als unverbrauchter Partei zu, das bundesrepublikanische Staatsschiff auch durch stürmische Gewässer sicher zu steuern.

Die CDU/CSU wird sich mit dieser veränderten, der Wirklichkeit gerecht werdenden Einschätzung der Sozialdemokratie abfinden müssen. Ob der Schock vom letzten Sonntag zur vielbeschworenen inneren Erneuerung und Läuterung dieser Partei führt, bleibt freilich abzuwarten. Zu stark ist sie in innere Schwierigkeiten verstrickt und der Vergangenheit verhaftet, um sich freizumachen zu können für die Aufgaben der Zukunft. Dem unbefangenen Blick des ausländischen Beobachters ist dies nicht entgangen.

Universitätsstadt Berlin

Erfüllung einer gesamtdeutschen Aufgabe

Von Senatsdirektor Heinz Striek

Im Nachkriegsleben der Berliner Universitäten hat es zwei über-
ragende Ereignisse gegeben; das eine war die Gründung der Freien Uni-
versität und das andere die Vorlage des Kulturberichts des Senats vom
23. Mai 1962, mit dem der Ausbau Berlins als Stätte der Bildung, der
Wissenschaft und der Kunst verstärkt zum erklärten Ziel des Senats von
Berlin gemacht wurde. Die Gründung der Freien Universität war in schwe-
rerer Zeit ein Bekenntnis zur Demokratie; sie erfolgte durch gemeinsame
Initiative von Politikern und der akademischen Jugend, um die Freiheit
von Lehre und Forschung zu gewährleisten und ein Studium ohne bolsche-
wistische Bevormundung zu garantieren.

In Dahlem ist in den letzten 15 Jahren praktisch aus dem Nichts
die Freie Universität entstanden. Sie gehört heute zu den angesehen-
sten Bildungsstätten im freien Deutschland. Nicht weniger bedeutsam ist
der Ruf, den seit Jahrzehnten die Technische Universität genießt. Das
Hochschulleben wird abgerundet durch die Bildungsarbeit der Pädagogi-
schen Hochschule, der Hochschule für bildende Künste, der Hochschule
für Musik und der Kirchlichen Hochschule. Im Sommersemester 1964 stu-
dierten an diesen Berliner Hochschulen 27 008 Studenten, davon allein
14 738 an der Freien Universität. Viele dieser Studierenden kommen aus
den übrigen Teilen der Bundesrepublik und aus dem Ausland nach Berlin.
Neben ihrem Studium erleben sie sogleich aus erster Hand den Vollzug
des deutschen Schicksals in unserer Zeit.

Die Berliner Hochschulen erfüllen bewußt eine gesamtdeutsche Auf-
gabe, obgleich das nicht immer ohne Belastungen für die Berliner Be-
völkerung ist. Einerseits hat der steigende Ruf der Berliner Hochschu-
len zusätzliche Anziehungskraft entwickelt, so daß es für die Berliner
Abiturienten nicht immer leicht ist, Zugang zur heimatlichen Universi-
tät zu finden, und andererseits sind mit derartigen Bildungsstätten
heutzutage erhebliche Unkosten verbunden.

Die beiden wissenschaftlichen Hochschulen besitzen alle für eine
moderne Ausbildung notwendigen Fakultäten. In die Freie Universität ist
als Otto-Suhr-Institut die frühere Hochschule für Politik vor einigen
Jahren eingegliedert worden. Im nächsten Jahr wird an der Technischen
Universität, um auch dort ein Studium generale zu ermöglichen, eine
Philosophische Fakultät geschaffen.

Für den laufenden Betrieb werden 1965 168 Millionen DM, davon al-
lein für die Freie Universität 86,5 Millionen D-Mark und für die Tech-
nische Universität 68 Millionen DM erforderlich sein. Daneben müssen
erhebliche Mittel für den Aufbau und Ausbau der Berliner Universitäten
zur Verfügung gestellt werden. Allein für 1965 werden es für die Freie
Universität 16,1 Millionen DM und für die Technische Universität sogar
26,7 Millionen DM Baumittel sein. Ein Teil dieser Baukosten wird in
Durchführung der Empfehlungen des Wissenschaftsrates zum Ausbau der

deutschen Universitäten aus Mitteln des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung bereitgestellt. Mit einem Kostenaufwand von insgesamt 12 Millionen DM wird zur gleichen Zeit das unbedingt notwendige Hörsaalgebäude in der Pädagogischen Hochschule errichtet.

Untersucht man die Kosten, die der einzelne Student dem öffentlichen Haushalt verursacht, so kommt man - ohne Berücksichtigung der Baumaßnahmen und ohne die Ausgaben für Stipendien - zu folgenden Ergebnissen: Der Student an der Hochschule für Musik kostet den Staat jährlich 8900 DM, an der Technischen Universität 6000 DM, an der Hochschule für bildende Künste 6300 DM und an der Freien Universität 5900 DM.

Vergleichsweise billig ist im Verhältnis dazu die Ausbildung unserer künftigen Schulzweier an der Pädagogischen Hochschule. Die Kosten pro Absolventen belaufen sich dort im Jahr nur auf 2540 DM.

Natürlich müssen mit nicht unerheblichem Aufwand für die Studenten auch Verpflegungsstätten (Kassen) und Wohnheime geschaffen werden, denn zur geistigen Ausbildung gehört auch das leibliche Wohl.

Ein Sonderproblem bildet im Augenblick, was die Größe des Objektes und die Höhe der Kosten betrifft, das Universitäts-Klinikum der Freien Universität, das in Steglitz mit einem Kostenaufwand von 28,4 Millionen DM errichtet und über rund 1400 Betten verfügen wird. Dieses Klinikum wird zu den modernsten Forschungs-, Ausbildungs- und Behandlungsstätten der Welt gehören. Alle Erkenntnisse neuzeitlicher Medizin werden hier verwirklicht sein. Eine besondere Attraktion wird u. a. auch die Großküche sein, die die Verpflegung für Patienten und Pflegepersonal in Tiefkühlverfahren herstellen wird.

Der Bund und seine Länder haben sich im sogenannten "Königsteiner Abkommen" verpflichtet, wissenschaftliche Forschungsinstitute gemeinsam zu finanzieren. Für Berlin handelt es sich dabei um das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung, das Institut für Zuckerindustrie und einige Institute der weltberühmten Max-Planck-Gesellschaft. Einen hervorragenden Platz unter den wissenschaftlichen Instituten nimmt in Berlin das Hahn-Weitner-Institut für Kernforschung ein, das 1959 gegründet wurde. Das Institut befaßt sich mit Forschungen auf den Gebieten der Kernchemie, Strahlenchemie, Kernphysik und Mathematik und wird je zur Hälfte vom Bund und von Berlin finanziert.

Nach dem Belgrad-Besuch von Staatssekretär Lehr

Das wichtigste Problem ist nur vertagt

Von unserem Korrespondenten in Belgrad, Dr. Harry Schleicher

Ein starkes Echo haben die deutsch-jugoslawischen Vereinbarungen vom Juli dieses Jahres in Belgrad gefunden, womit einige der wirtschaftlich-finanziellen Fragen zwischen den beiden Ländern geregelt worden waren. Dies wirft noch nachträglich ein bezeichnendes Licht auf die geheime Belgrader Mission Staatssekretärs Lehr vom Bonner Auswärtigen Amt. Wäre ihr kein Erfolg beschieden gewesen, hätte die Zustimmung der Bundesregierung zu den Vereinbarungen wohl noch etwas auf sich warten lassen. Daß sie nun doch noch vor der Kairoer Konferenz der blockfreien Staaten erfolgt ist, einem Ereignis, dem in Bonn hinsichtlich der jugoslawischen Haltung in der deutschen Frage mit einiger Besorgnis und Unsicherheit entgegengesehen worden war, deutet an, daß Lehr in Belgrad tatsächlich entsprechende Zusicherungen erhalten hat, die die Befürchtungen der Bundesregierung zerstreuten.

Optimismus nicht angebracht

Wie politisch bedeutend die nach einem siebenjährigen Stillstand ersten unmittelbaren deutsch-jugoslawischen Kontakte und Vereinbarungen auch immer sein mögen, sollten sie trotzdem nicht zu übereilig-überoptimistischen Schlußfolgerungen verleiten. In Belgrader Regierungskreisen wird kein Zweifel darüber gelassen, daß man sich keineswegs mit den erzielten Arrangements zufriedengeben wolle, oder gar auf die hier als Schlüsselproblem des deutsch-jugoslawischen Verhältnisses angesehene Frage der deutschen Entschädigungszahlen für jugoslawische Opfer des nationalsozialistischen Terrorregimes zu verzichten gedenke. Die seitweilige Aufgabe des Junktims zwischen den Wirtschaftsafragen und den Entschädigungszahlungen, das noch im Vorjahre eine jede Lösung der handels- und finanzpolitischen Probleme zwischen den beiden Ländern entscheidend blockiert hatte, war nur ein taktischer und keineswegs prinzipieller Zug der jugoslawischen Politik.

Nicht einmal ein Ansatz

An diese Tatsache erinnete die jugoslawische Presse in gezielter Form anlässlich des Inkrafttretens der deutsch-jugoslawischen Julivereinbarungen. In den offensichtlich von Belgrader Außenministerium inspirierten Leitartikeln wurde überdeutlich unterstrichen, daß für die künftigen deutsch-jugoslawischen Beziehungen sowohl die Frage der Behandlung der antijugoslawischen Emigrantenorganisationen in der Bundesrepublik als auch die Entschädigungszahlungen von erstrangiger Bedeutung sein werden. Mag das erstgenannte Problem weniger Lösungssorgen bereiten, so scheint das zweite bei der bekannten Haltung beider Partner geradezu unüberwindlich. Vorläufig ist nicht einmal ein Ansatz auch nur für eine Annäherung in dieser Frage zu erblicken.

Trügerische Stille

Und eben dies ist ein echtes Dilemma. Denn wögen sich die jugoslawische Politik und mit ihr die Presse im Moment auch noch so zurückhaltend-wohlwollend gegenüber der Bundesrepublik verhalten, werden sie diese Position in dem Augenblick aufgeben, in dem die Belgrader Regierung die Zeit für gekommen halten wird, neue aktive Bemühungen zur Lösung der Entschädigungszahlungen zu unternehmen. So lange diese in bilateralen Rahmen nicht gefunden werden können - und dies dürfte notwendigerweise so lange der Fall sein, wie Bonn jede Diskussions- und Zahlungsbereitschaft unter Berufung auf die jugoslawische Anerkennung der DDR auch nur zu erörtern ablehnt -, wird Belgrad irgendwann erneut den Weg multilateraler Aktionen gehen müssen. Die schon vor langer Zeit angedeutete Möglichkeit, die Entschädigungsfrage vor die UNO oder den Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu bringen, wird zwangsweise mit dem Rühren der propandistischen Werbetrommel verbunden sein, deren Schweigen im Moment für deutsche Ohren so wohlklingend wirkt. Trotzdem wäre es falsch, diese Illusion der Stille für einen gesicherten Dauerzustand zu halten. Für Belgrad ist das wichtigste Problem seiner Beziehungen zu Bonn, die Entschädigungszahlungen, nur vertagt und keineswegs etwa endgültig von der Tagesordnung gestrichen.

+ + +

Glosse

Deutsche nicht an einen Tisch?

Pankows Postler in Schwierigkeiten

sp - Jahrelang hat Pankow gefordert: "Deutsche an einen Tisch!" - Als am Dienstag dieser Woche die Postbeamten aus Ost- und Westberlin ihre Tische zusammenstellen wollten, um die technischen Vorbereitungen zur Ausgabe von Passierscheinen zu treffen, erschien ein höherer Postbeamter in voller Uniform und verkündete ohne nähere Begründung, "Deutsche an einem Tisch" seien nicht erwünscht. Warum der Mann das tat, ist unerschindlich; jedenfalls hat er keine nähere Begründung für sein Verhalten gegeben.

Nun erzählt man sich in Berlin die nette Geschichte, ein Westberliner Postbeamter hätte den Kompromißvorschlag gemacht, man solle doch - um Raum zu sparen - die Beamten aus Ost- und Westberlin zwar an einem Tisch sitzen lassen, aber zwischen dem Platz des Ost- und Westberliner Postlers einen Kreidestrich über die Tischplatte ziehen. Wie es heißt, sei sich der höhere Ostberliner Postbeamte nicht klar darüber gewesen, ob der Vorschlag ernstgemeint war. Jedenfalls zog sich der Mann zurück, nachdem er verkündet hatte, er werde neue Instruktionen einholen.

Wir wollen nur hoffen, daß aus der ganzen Angelegenheit keine Staatsaffaire wird, und daß man sich in Pankow an den eigenen Schlachtruf erinnert "Deutsche an einen Tisch!"

+ + +